

Festrede

zur Preisverleihung an die Bremer Frau des Jahres 2024, Christa Nalazek
am Internationalen Frauentag in Bremen

8. März 2024, 18:00

in der Oberen Rathaushalle

(es gilt das gesprochene Wort!)

Sehr geehrte Frau Senatorin,
sehr geehrte Frau Präsidentin,
sehr geehrte Frau Vizepräsidentin,
sehr geehrte Frau Staatssekretärin,
sehr geehrte Abgeordnete,
liebe Christa Nalazek,
liebe Andrea Buchelt,
liebe Bettina Wilhelm,
liebe Kasia Weichert,
liebe Gäste,

Es ist nicht meine Aufgabe, hier die Laudatio zu halten, ich möchte als allererstes aber natürlich trotzdem die Gelegenheit nutzen, Christa Nalazek ganz herzlich zu dieser hochverdienten Auszeichnung als Bremer Frau des Jahres 2024 zu gratulieren!

Ich finde natürlich vor allem, dass es so besonders passend ist, dass Christa Nalazek diese Auszeichnung gerade in diesem Jahr erhält. Zum einen beruht das natürlich auf der Grundüberlegung des Bremer Frauenrates, in diesem Jahr der Europawahl eine Frau zu ehren, die sich hier vor Ort in Bremen besonders um die europäische Verständigung verdient gemacht hat.

Das Jahr 2024 markiert aber auch gleichzeitig das 20jährige Jubiläum der Wiedervereinigung Europas: am 1. Mai 2004 traten insgesamt 10 neue Mitgliedstaaten der Europäischen Union bei – acht davon aus Mittel- und Osteuropa, und ich finde, es lohnt sich, diese hier nochmals aufzuzählen: es waren, von Nord nach Süd:

Estland, Lettland, Litauen, Polen, Tschechien, die Slowakei, Ungarn und Slowenien.

Vorausgegangen waren dem nicht nur die friedlichen Revolutionen dieser Länder im Jahr 1989, sondern ein insgesamt 15 Jahre dauernder Vorbereitungsprozess, in dem die Staaten

sich auf ihren EU-Beitritt vorbereitet haben. Für diesen Beitritt haben die Menschen in diesen Ländern in diesen Jahren übrigens ganz erhebliche Opfer gebracht.

Auch am 1.5.2004 konnte man daher mit Fug und Recht Willy Brandt zitieren mit der Hoffnung „Jetzt wächst zusammen, was zusammengehört!“.

Dieser Prozess des Zusammenwachsens war nicht völlig störungsfrei, das wissen alle, die die letzten 20 Jahre nicht in einer hermetisch verschlossenen Höhle verbracht haben...

Trotzdem – so würde ich es zumindest sehen – hat es im Großen und Ganzen funktioniert! Und das ist zum einen der guten Vorbereitung zu danken – da darf man sowohl den neuen Mitgliedstaaten wie auch der Europäischen Kommission einmal wirklich gratulieren für die gute Arbeit, die sie damals geleistet haben!

Zum anderen aber haben wir das genau solchen Menschen wie Christa Nalazek zu verdanken, die über Jahrzehnte hinweg unermüdlich Menschen aus Ost und West zusammengebracht haben, sei es im Kontext der Städtepartnerschaften oder im Rahmen der Jugendarbeit oder der Pfadfinderbewegung. Ohne diese Arbeit würden wir heute vor allem menschlich nicht da stehen, wo wir sind: in einem Europa von 27 Mitgliedstaaten, dessen Bürgerinnen und Bürger einander freundschaftlich nahe stehen, voneinander lernen, und eine gemeinsame Zukunft planen.

Das hat es auf diesem Kontinent so noch nicht gegeben!

Gerade die Möglichkeit des „Voneinander-Lernens“ möchte ich an dieser Stelle nochmal besonders betonen, denn einerseits ist sie eine starke Komponente der oben angesprochenen menschlichen Begegnungen der verschiedenen Nationalitäten – wenn Menschen sich offen begegnen, lernen sie immer voneinander.

Aber andererseits auch, weil wir damit noch lange nicht am Ende angelangt sind!

In den ersten Jahren nach 1989 herrschte in Deutschland vielfach die Vorstellung, dass dieser Lernprozess vorwiegend in eine Richtung zu gehen hat: nämlich, dass die osteuropäischen Staaten von den westeuropäischen Staaten lernen.

Aber ich denke, dieser Eindruck war damals schon falsch, und ist es heute noch mehr. Denn gerade wir im Westen Europas konnten und können unglaublich viel von den Staaten Osteuropas lernen.

Zuallererst: Mut! Der Mut, den die Frauen und Männer in Polen und der Tschechoslowakei, im Baltikum und Ungarn und den anderen Ostblock-Staaten über Jahre und unter großen Risiken aufgebracht hatten, um ihre Freiheit zu erkämpfen, hat den Fall der Berliner Mauer erst möglich gemacht.

Im vergangenen Jahr hat dann auch gerade Polen durch die Parlamentswahl am 15. Oktober uns gezeigt, wozu starke, mutige Zivilgesellschaften fähig sind, wenn es darum geht, ihre Demokratie und ihre Werte zu wahren: sie haben eine populistische Regierung abgewählt!

Und in Polen konnten wir auch sehen, wie wichtig es ist, sich nicht damit abzufinden, dass einem Rechte Schritt für Schritt einfach weggenommen werden. Die de-facto totale Abschaffung des Rechts auf Abtreibung durch die PiS in den Jahren bis 2020 hat in Polen mindestens sieben Frauen das Leben gekostet – das sind sieben Frauen, von denen wir wissen, dass sie gestorben sind, weil ihnen in einer medizinischen Notsituation mit einem absterbenden Fötus nicht medizinisch geholfen wurde.

Ich würde allerdings die Behauptung wagen, dass es unzählige weitere Fälle gibt, in denen Frauen dadurch zumindest in lebensbedrohliche Situationen geraten sind, mal ganz abgesehen davon, dass sie staatlicherseits dazu gezwungen wurden, Schwangerschaften auszutragen, die sie nicht austragen wollten.

Genau das hat aber auch Abertausende von polnischen Frauen und auch Männern auf die Straße getrieben, um gegen diese Gesetzeslage zu protestieren – der „Czarny Protest“ (also der „Schwarze Protest“) von 2016 hat Polen erschüttert, wie nur wenige Demonstrationen seit den Hoch-Zeiten der Solidarność, und letztlich hat die völlige Missachtung der Rechte und des Wohlbefindens von Frauen auch mit dazu geführt, dass gerade die Polinnen im vergangenen Jahr diesen Regierungswechsel herbeigeführt haben.

Warum erzähle ich Ihnen das allen?

Ich erzähle das, weil ich glaube, dass wir heute in der Europäischen Union wieder in einer Situation sind, in der wir Engagement zeigen und uns auf unsere Werte besinnen müssen.

Vom 6. bis 9. Juni diesen Jahres wählen wir Unionsbürgerinnen und Bürger das Europäische Parlament. In Deutschland findet die Wahl am Sonntag, den 9. Juni statt. Wer also dieses Datum noch nicht rot im Kalender eingetragen hat, möge das bitte jetzt tun!

Denn bei dieser Wahl geht es um etwas:

- es geht um uns,
- es geht darum wie wir die Europäische Union in den nächsten fünf Jahren gemeinsam weitergestalten: Ost und West, Nord und Süd, Frauen und Männer und alles, was dazwischen ist!

Die wenigsten von uns hätten sich im Jahr 2019, als wir zuletzt das Europäische Parlament gewählt haben, vorstellen können, was Europa und die Welt in den darauffolgenden fünf Jahren würde bewältigen müssen:

- von Pandemie
- über Wirtschaftskrise
- bis hin zum Kampf gegen den Klimawandel
- vor dem Hintergrund eines völkerrechtswidrigen Angriffskrieg auf eines unserer Nachbarländer,
- der dann auch noch unsere Energieversorgung zu lähmen drohte...

Ich will nicht behaupten, dass in der Europäischen Union alles perfekt gelaufen ist.

Aber ich möchte doch darauf hinweisen, dass die EU alles in allem auf diese dramatischen Krisen taugliche Antworten gefunden hat, und dass sie sie schnell gefunden hat:

- wir haben es in Europa geschafft, unter Pandemiebedingungen den Binnenmarkt aufrechtzuerhalten,
- und nach anfänglichen Problemen auch die Freizügigkeit.
- Wir haben es geschafft, die entwickelten Impfstoffe in der gesamten Europäischen Union kurzfristig gerecht zu verteilen,
 - so dass nicht das zahlungskräftigste Land auf Kosten aller anderen seine Bevölkerung impft,
 - oder die wohlhabenden Staaten durch gegenseitiges Sich-Überbieten die Preise in die Höhe treiben (was natürlich epidemiologisch völlig sinnlos ist, wie wir alle wissen),
 - sondern dass alle sich die vorhandenen Impfstoffe zu gerechten Preisen gerecht teilen.
- Die EU hat zudem nach Ende der Pandemie massive Investitionsprogramme aufgelegt (zum Beispiel das Programm NextGenerationEU mit über 800 Mrd. Euro) um die Wirtschaft wieder zum Laufen zu bringen - alle Mitgliedstaaten haben davon erheblich profitiert.
- Und mit dem European Green Deal haben wir einen europäischen Fahrplan, wie wir die Europäische Union bis zum Jahr 2050 klimaneutral machen.
- Auch haben die Mitgliedstaaten der EU nach Russlands völkerrechtswidrigem Angriff auf die Ukraine 2022 die drohende Gasmangellage im (für uns) ersten Kriegswinter nicht nur in den Griff bekommen, sondern sie dazu genutzt,
 - unsere Abhängigkeit von Russland deutlich zu minimieren und
 - den Kampf gegen den Klimawandel und

- für die Dekarbonisierung unserer Wirtschaft weiter zu intensivieren und zu beschleunigen
- auch hier wieder mit massiven Investitionsprogrammen der Europäischen Union.

Die Wirksamkeit dieser Programme sieht man übrigens jetzt schon sehr deutlich auch hier bei uns in Bremen: [optional: die sogenannten IPCEIs – Important Projects of Common European Interest – fördern die Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten in Zukunftstechnologien sowohl administrativ, logistisch und finanziell, und Bremen profitiert hiervon insbesondere im Bereich Dekarbonisierung der Stahlproduktion und des Flugzeugbaus, aber auch bei der Erzeugung von „grünem Wasserstoff“.]

Das ist das Eine.

Aber auch im Bereich Geschlechtergleichstellung konnte die Europäische Union in den letzten fünf Jahren deutliche Fortschritte verzeichnen:

Da wären neben der EU-Gleichstellungsstrategie für die Jahre 2020-2025

- zum Beispiel die Richtlinie zur Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben (2019),
- die Richtlinie über Frauen in Aufsichtsräten (2022)
- und die Entgelt-Transparenzrichtlinie (2023).

Leider immer noch nicht verabschiedet ist aufgrund des anhaltenden Widerstandes der Mitgliedstaaten im Rat die Allgemeine Antidiskriminierungsrichtlinie von 2008.

Aber immerhin bei der Richtlinie zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häusliche Gewalt hat es vor Kurzem eine politische Einigung zwischen den beiden europäischen Mitgesetzgebern, dem Rat (als Vertretung der Mitgliedstaaten) und dem Europäischen Parlament gegeben, die hoffen lässt, dass die endgültige Verabschiedung (Plenum 22.4.) nicht mehr allzu lange auf sich warten lassen wird und jedenfalls noch in dieser Legislaturperiode stattfinden wird.

Der Dank hierfür gebührt in gleichem Maße der zuständigen EU-Kommissarin, der Malteserin Helena Dalli, wie den engagierten Abgeordneten des Europäischen Parlaments.

Und das bringt die Sache auf den Punkt!

Wenn wir nämlich wollen, dass wir in der Europäischen Union in diesen und anderen wichtigen Fragen weiter vorankommen, müssen wir mit unserer Stimme dafür sorgen, dass sowohl das Europäische Parlament wie – mittelbar beeinflusst durch das Abstimmungsergebnis des Europäischen Parlaments – die Europäische Kommission entsprechend besetzt sind!

Es liegt mir natürlich fern, irgendjemanden bei seiner oder ihrer Wahlentscheidung beeinflussen zu wollen – aber wenn ich mir diese persönliche (!) Aussage als Wählerin und als Beobachterin europäischer Politik erlauben darf: von einem Europäischen Parlament, das mit europafeindlichen Populisten bestückt ist, würde ich nicht wirklich viel Fortschritt erwarten...

Zum einen, weil wir die weltweiten Probleme, mit denen wir konfrontiert sind, nicht werden lösen können, wenn alle Staaten sich wieder auf ihre nationalen Egoismen zurückziehen.

Zum anderen aber, weil gerade wir Frauen sehr genau darauf achten sollten, was uns aus dieser Ecke an Programmen entgegenschallt. Und das, was uns da für unsere persönliche Zukunft angedroht wird, sollten wir ernst nehmen!

Denn es gibt eine empirisch durchaus belegbare Verbindung zwischen Rechtspopulismus und Frauenfeindlichkeit. Das zeigt sich am Abstimmungsverhalten der antieuropäischen Fraktionen und Abgeordneten, die jetzt schon im Europäischen Parlament sitzen, mit Blick auf die oben genannten Vorhaben zur Verbesserung der Gleichstellung ganz deutlich.

Es steht natürlich jedem und jeder frei, welcher Partei er oder sie ihre Stimme geben will – aber diese Zusammenhänge sollte man sich vorher klarmachen!

Darüber hinaus müssen wir alle bei dieser Wahl besonders darauf achten, ob die Quellen, aus denen wir uns unsere Meinung bilden, auch wirklich authentisch und die vermittelten Informationen belastbar sind.

Denn wir sehen im Augenblick eine massive Zunahme von Desinformation, insbesondere ist das ganz offensichtlich Teil einer russischen Kampagne zur Schwächung des demokratischen Lagers in Europa und auf der Welt.

Und auch hier können wir wieder von unseren osteuropäischen Partnern in der EU lernen – sie haben jahrzehntelang darum gekämpft „in der Wahrheit zu leben“ wie Vaclav Havel es ausgedrückt hat. Damit war in erster Linie gemeint, sich einer überbordenden Ideologie und staatlichen Propaganda zu entziehen und ein selbstbestimmtes, authentisches Leben zu führen.

Aber genau das sind einerseits natürlich auch heute für uns zentrale Werte in freiheitlichen Gesellschaften, die es zu schützen gilt.

Und andererseits vermute ich: wenn Vaclav Havel noch leben würde, hätte er seine Vorstellungen darüber, wie man „in Wahrheit leben“ kann, dahingehend weiterentwickelt, dass das eben auch die Möglichkeit beinhaltet, wahre Informationen von falschen oder sogar gefälschten Informationen unterscheiden zu können.

In unserer Zeit ist das durch die Datenüberflutung, mit der wir leben, besonders schwer geworden. Und durch gezielt gestreute Fehlinformationen wird diese Schwierigkeit dann natürlich noch potenziert.

Ich denke aber, Vaclav Havel würde uns sagen: es lohnt sich, sich auf die Wahrheit einzulassen!

Daher mein Appell an Sie: gehen Sie zur Wahl, und treffen Sie Ihre Wahlentscheidung auf einer sicheren Tatsachengrundlage! Wenn Sie verlässliche, zusätzliche Informationen über die Europäische Union brauchen, lade ich Sie gerne ein, sich an den EuropaPunktBremen zu wenden, sei es,

- indem Sie ihn im Haus der Bürgerschaft besuchen und sich mit dem dort verfügbaren Informationsmaterial versorgen,
- indem Sie auf der Website den Newsletter abonnieren,
- dem EPB auf Social Media folgen,
- oder an den dort angebotenen Veranstaltungen teilnehmen.

Sie finden dort EU-Informationen, die lokal von den Mitarbeitenden des Europapunktes für Sie aufbereitet werden, und denen Sie vertrauen können.

Meine Damen und Herren,

Die Europäische Union ist nicht perfekt. Aber meine Überzeugung ist: sie ist das Beste, was in Europa in den letzten 70 Jahren entstanden ist, sie beeinflusst unser aller Alltagsleben erheblich, und, wie ich finde, zum Besseren, und es hängt von uns allen ab, ob und wie wir sie weiterentwickeln.

Ich finde, es lohnt sich, für ein Europa zu kämpfen, in dem wir Werte wie Vielfalt, Inklusion, Nachhaltigkeit, sozialer Ausgleich, Rechtsstaatlichkeit und Gerechtigkeit – vor allem auch Geschlechtergerechtigkeit - ernst nehmen und weiter an ihrer Verwirklichung arbeiten. Und das schaffen wir nur – gemeinsam!

Vielen Dank!